

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 8. März 1995

am Donnerstag, dem 9. März 1995

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter, Robert (SPD)	21	Kubatschka, Horst (SPD)	61, 62
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	72	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	73, 74
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66, 67	Dr. Mahlo, Dietrich (CDU/CSU)	10, 11
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24	Meckel, Markus (SPD)	15, 16
Behrendt, Wolfgang (SPD)	5, 56	Neumann, Volker (Bramsche) (SPD)	19, 38
Bindig, Rudolf (SPD)	68, 69	Probst, Simone (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 39
Catenhusen, Wolf-Michael (SPD)	63, 64	Rennebach, Renate (SPD)	70, 71
Erler, Gernot (SPD)	41, 42	Schlee, Dietmar (CDU/CSU)	17, 18
Gansel, Norbert (SPD)	1, 2	Schmitt, Heinz (Berg) (SPD)	45, 46
Graf, Günther (Friesoythe) (SPD)	49, 50	Schönberger, Ursula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 35, 40	
Grund, Manfred (CDU/CSU)	14	Schulz, Werner (Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 57, 58	
Hagemann, Klaus (SPD)	22, 51	Schulze, Frederick (CDU/CSU)	30, 31
Dr. Hendricks, Barbara (SPD)	54, 55	Dr. Schwall-Düren, Angelica (SPD)	43, 44
Hörster, Joachim (CDU/CSU)	59, 60	Singer, Johannes (SPD)	12, 13
Hustedt, Michael (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33	Stiegler, Ludwig (SPD)	36, 37
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	6, 7	Tauss, Jörg (SPD)	8, 9
Junghanns, Ulrich (CDU/CSU)	28, 29	Westrich, Lydia (SPD)	47, 48
Kemper, Hans-Peter (SPD)	3, 4	Wohlleben, Verena (SPD)	52, 53
Kohn, Roland (F.D.P.)	65	Zierer, Benno (CDU/CSU)	20, 27
Krziskewitz, Reiner (CDU/CSU)	25, 26		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	14
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|--|---|
| 6. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU) | Was unternimmt die Bundesregierung zur Öffnung des öffentlichen Dienstrechts für mehr Wettbewerbselemente und zur flexibleren Gestaltung der Laufbahnen in der öffentlichen Verwaltung? |
| 7. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU) | Was unternimmt die Bundesregierung, damit kommunalfremde Ausgaben für Asylbewerber, Aussiedler, Bürgerkriegsflüchtlinge und Langzeitarbeitslose vom Bund und den Ländern finanziert werden? |
| 8. Abgeordneter
Jörg Tauss
(SPD) | Welche Risiken für die Gewährleistung der Einsatzbereitschaft von Polizei und Technischem Hilfswerk (THW) sieht die Bundesregierung in der Tatsache, daß Werkstätten des Bundes zur Wartung einsatzwichtiger Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände geschlossen werden sollen und die Wartung von standort- und fachfremden privaten Werkstätten vorgenommen werden soll? |
| 9. Abgeordneter
Jörg Tauss
(SPD) | Wie viele Arbeitsplätze werden durch die beabsichtigte Schließung von Werkstätten beim THW und bei Bereitschaftspolizeistandorten vernichtet? |
| 10. Abgeordneter
Dr. Dietrich Mahlo
(CDU/CSU) | Wie ist es möglich, daß Johann Gregor van der Scharchts große Bronzefigur des Merkur, ein „Hauptwerk und Glanzstück nordalpiner Skulptur“ aus der Sammlung Schönborn nach über vierhundertjährigem Verbleib in Deutschland ohne Behinderung staatlicherseits an das Museum Getty verkauft und nach Malibu verbracht werden konnte (FAZ 25. Januar 1995)? |
| 11. Abgeordneter
Dr. Dietrich Mahlo
(CDU/CSU) | Was beabsichtigt die Bundesregierung zu veranlassen, um eine weitere Abwanderung einzigartigen Kunstguts und kunsthistorischer Dokumente aus Deutschland zu erschweren? |
| 12. Abgeordneter
Johannes Singer
(SPD) | Da nach dem Bericht des Kölner Stadtanzeigers vom 22. Februar 1995 der Drogenbeauftragte der Bundesregierung in seiner Pressekonferenz vom 21. Februar 1995 erklärt hat, daß seinen Aufforderungen zur Einrichtung eines Lehrstuhls, der sich |

mit dem Thema Sucht befassen solle, bisher von den deutschen Universitäten nicht nachgekommen worden sei, frage ich die Bundesregierung, welche konkreten Bemühungen hat sie bisher im einzelnen unternommen, um ihrem Ziel näher zu kommen?

13. Abgeordneter
**Johannes
Singer**
(SPD)

Mit welchen Institutionen und auf welche Weise ist bisher Kontakt aufgenommen worden?

14. Abgeordneter
**Manfred
Grund**
(CDU/CSU)

Wie reagiert die Bundesregierung auf den am 20. Januar 1990 auf WDR III ausgestrahlten Film des Journalisten und Mitautoren des Buches „Deutschtum erwache!“, Hans-Rüdiger Minow, über seinen Mitautoren Volker Külow, insbesondere hinsichtlich des gegen die deutsche Vereinigung gerichteten Grundtenors des Films und der entsprechenden Aussagen Külows?

15. Abgeordneter
**Markus
Meckel**
(SPD)

Welche Folgen erwartet die Bundesregierung mit dem Inkrafttreten des Schengener Durchführungsabkommens am 26. März 1995 und die damit verbundene drastische Verschärfung der Personenkontrollen an der EU-Außengrenze für die Grenzabfertigung an der deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenze, und inwiefern hat man sich mit der tschechischen und polnischen Regierung verständigt, um die damit wachsenden Anforderungen an den ohnehin schwer überlasteten Grenzübergängen zu bewältigen?

16. Abgeordneter
**Markus
Meckel**
(SPD)

Welche Maßnahmen auf deutscher Seite sind vorbereitet worden bzw. wurden bilateral vereinbart, um die zu erwartenden Probleme bei der Grenzabfertigung so weit es geht zu mildern?

17. Abgeordneter
**Dietmar
Schlee**
(CDU/CSU)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die kürzlichen Äußerungen der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, bei der Asylrechtsänderung sei manches mit heißer Nadel gestrickt worden, so daß das Bundesverfassungsgericht bei bevorstehenden Abschiebungen immer öfter als Feuerwehr intervenieren müsse, und hält sie solche Äußerungen für einen sachgerechten Gesetzesvollzug durch die zuständigen Verwaltungsbehörden von Bund und Ländern für hilfreich?

18. Abgeordneter
Dietmar Schlee
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung einzelner Landesinnenminister, daß das Schengener Durchführungsabkommen über den Wegfall der Grenzkontrollen nachbesserungsbedürftig sei, weil es keine befriedigenden Regelungen für die grenzüberschreitenden Nachteile und Observationen enthalte, und wie will sie ggf. der Forderung nach Nachbesserung entsprechen?
19. Abgeordneter
Volker Neumann (Bramsche)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob zwischen Mitarbeitern der Firma Telemit während des Zeitraumes des irakisch-iranischen Krieges Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit bestanden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

20. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung – ohne strafrechtlichen Ermittlungen vorzugreifen – darüber, daß ein Anfangsverdacht hinsichtlich einer versuchten Strafvereitelung und/oder eines anderen Straftatbestandes gegen den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau dadurch begründet sein könnte, daß Ministerpräsident Johannes Rau in seinem Besitz befindliche Informationen über die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland betreffende Straftaten nicht den Justizbehörden zugeleitet hat?
21. Abgeordneter
Robert Antretter
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Änderungsvorschläge zum Entwurf einer Bioethik-Konvention, die die Parlamentarische Versammlung des Europarates in ihrer Stellungnahme dem Ministerkomitee empfohlen hat, und wann wird sich der Lenkungsausschuß des Ministerkomitees damit befassen?
22. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Jugendorganisationen und Jugendverbänden bei ehrenamtlich organisierten und durchgeführten Jugendgruppenreisen, Zeltlagern und ähnlichem durch eine Änderung des Reiserechts (Insolvenzschutzpflicht) die Arbeit zu erleichtern und finanzielle Mehrbelastungen zu ersparen, und kann eventuell mit einer positiven Entscheidung im Interesse der Jugendverbände vor der Ferien- und Freizeitsaison im Sommer 1995 gerechnet werden?

23. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche rechtspolitischen oder sonstigen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesgerichtshofes (Az.: 2 StR 331/94) zur Verjährung von Kriegsverbrechen in Italien?
24. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, daß Kriegsverbrechen deutscher Wehrmachtangehöriger gegenüber der Zivilbevölkerung in Italien vom Oktober 1943 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges jemals von der deutschen Kriegsgeschichte verfolgt wurden, so daß von einem Ruhen der Verjährung für solche Verbrechen bis zum Kriegsende ausgegangen werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

25. Abgeordneter
Reiner Krziskewitz
(CDU/CSU)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der von den steuerlichen Auswirkungen betroffenen Betriebe und die Höhe des entstehenden Steuerausfalls bei Einführung eines Betriebskostenpauschalabzugs analog zum österreichischen EStG (Österreich sieht einen pauschalen Betriebsausgabenabzug in Höhe von 12 v. H. des Umsatzes für Kleinbetriebe mit einem Umsatz bis zu 3 Mio. ÖS vor) bei Zugrundelegung einer Umsatzgrenze von 500 TDM in Abstimmung mit der Buchführungspflichtgrenze nach § 141 der Abgabenordnung, und wie beurteilt die Bundesregierung eine solche Regelung im Sinne der angestrebten Steuervereinfachung?
26. Abgeordneter
Reiner Krziskewitz
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung eine Erhöhung der Buchführungsgrenze über 500 TDM hinaus und entsprechende Auswirkungen auf die Steuerpraxis?
27. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß angesichts von Steuergeldverschwendungen in Ostdeutschland und angesichts eines deutschen Nettobeitrags an die Gemeinschaften der Europäischen Union von 22 Mrd. DM mit bisher steigender Tendenz durch Rückführung der Netto-

beiträge, durch sparsame Haushaltsführung, strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips vor allem bei Vorschlägen für neue Programme der Gemeinschaften und durch Überprüfung bestehender Ausgaben so viel Geld auf deutscher Seite eingespart werden kann, daß der Solidaritätszuschlag schon vor 1997 reduziert oder ganz aufgehoben werden kann?

28. Abgeordneter
**Ulrich
Junghanns**
(CDU/CSU)

Wie gewährleistet die Bundesregierung entgegen neuerlicher, durch schleppenden Baufortgang genährter Zweifel die termingerechte, für Mitte 1995 vorgesehene Fertigstellung und Inbetriebnahme der Gemeinschaftszollanlage am Grenzübergang Frankfurt (Oder)/Swiecko II, und zu welchem Zeitpunkt wird die Fertigstellung der Nordbrücke Grenzübergang Frankfurt (Oder) BAB 12 gesichert?

29. Abgeordneter
**Ulrich
Junghanns**
(CDU/CSU)

In welcher Weise haben die im September 1994 von dem Chef des Bundeskanzleramtes und dem polnischen Ministerrat getroffenen Vereinbarungen zur Entspannung der teilweise chaotischen Situation an den deutsch-polnischen Grenzübergängen – vornehmlich in Frankfurt (Oder) BAB 12 und Stadtbrücke geführt, und welche Auswirkungen auf die Grenzabfertigung hat das jüngst von Polen eingeführte Importverbot für Schrottfahrzeuge?

30. Abgeordneter
**Frederick
Schulze**
(CDU/CSU)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um den Bestand der Hettstedter Firma Mansfelder Kupfer- und Messingwerk (MKM) zu sichern und dort eine möglichst hohe Zahl von Arbeitsplätzen zu erhalten?

31. Abgeordneter
**Frederick
Schulze**
(CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen, um eine möglichst hohe Zahl von Arbeitsplätzen in der Hettstedter Firma Aluhett zu erhalten?

32. Abgeordnete
**Michaela
Hustedt**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Folgt die Bundesregierung der Einschätzung von Teilen des Bayernwerke-Managements und der Preußen-Elektra AG, welche ihren Ausstieg aus dem Projekt Mochovce damit begründete, daß der ökonomische Nutzen des Projektes nicht gewahrt sei, daß – wie auch die Europäische Investitionsbank feststellt – die Energieerzeugung durch Erdgas finanziell günstiger sei, daß die Entsorgungsfrage ungeklärt sei, und daß die vom Westen geforderte Abschaltung der Risikoreaktoren von Bohunice im Jahr 2000 unsicher und aus Gründen der nationalen Souveränität der Slowakei nicht durchsetzbar sei?

33. Abgeordnete
**Michaele
Hustedt**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Gewährung von Krediten und Beihilfen (KfW, Hermes, EBRD, EURATOM) für ein ökonomisch fragwürdiges Projekt die Gefahr in sich birgt, Steuergelder in gewaltiger Höhe zu verschwenden, zumal die Umrüstung der Reaktoren von Greifswald – wie in Mochovce der sowjetische Reaktortyp WWER 440/213 – zur Erreichung eines westlichen Sicherheitsstandards aus sicherheitstechnischen und finanziellen Erwägungen heraus von der Bundesregierung abgelehnt wurde und keinesfalls sicher ist, daß die beantragten 1,3 Mrd. DM ausreichen werden, um in Mochovce einen westlichen Sicherheitsstandard zu gewährleisten, wie auch das Europäische Parlament in seiner Entschließung vom 15. Februar 1995 betont?
34. Abgeordnete
**Simone
Probst**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, dem deutschen Direktor bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung eine Anweisung dahin gehend zu geben, daß er dem Kredit für die Nachrüstung des slowakischen AKW Mochovce zustimmen muß, und wenn ja, warum?
35. Abgeordnete
**Ursula
Schönberger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, denen zufolge die Least-Cost-Studie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) in einer ursprünglichen Fassung zu Ungunsten des Atomkraftwerks Mochovce ausgefallen ist und erst nach politischer Einflußnahme eine Parameterkonstellation gewählt wurde, welche das Atomkraftwerk als wirtschaftlichste Alternative erscheinen läßt, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um eine unbeeinflusste Einschätzung der Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Alternativen zu erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

36. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Bemühungen des Freistaates Bayern, unter Einsatz öffentlicher Mittel die Konsolidierung durch Privatisierung der Maxhütte voranzubringen, und wird sie den Freistaat dabei im Beihilfekontrollverfahren der Europäischen Union unterstützen?

37. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Würde die Bundesregierung im Falle einer Negativentscheidung der Europäischen Kommission in Sachen Maxhütte gegebenenfalls die Entscheidung des Ministerrates anstreben, und wie beurteilt sie die Erfolgsaussichten einer solchen Initiative?
38. Abgeordneter
Volker Neumann (Bramsche)
(SPD)
- War der Bundesregierung bekannt, daß während des irakisch-iranischen Krieges, als sie Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter an die Kriegsgegner durch die Münchner Firma Telemit zuließ, die DDR in ähnlicher Weise unbedenklich über Firmen des Bereichs „Kommerzielle Koordination“ den Irak und den Iran mit Rüstungsgütern belieferte?
39. Abgeordnete
Simone Probst
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist die Haltung der Bundesregierung zu Stromimporten nach Deutschland aus Mittel- und Osteuropa, wo der Strom z. T. in Atomkraftwerken ohne Containment erzeugt wird, die in Deutschland niemals genehmigungsfähig wären?
40. Abgeordnete
Ursula Schönberger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung angesichts von Liberalisierungstendenzen auf dem internationalen Markt für Erdgas die Tatsache ein, daß in der Least-Cost-Studie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) zum Atomkraftwerk Mochovce Gaspreissteigerungen bis zum Jahr 2000 in einer Höhe von 5 – 9 Prozent (Szenario HIGH und BASE der Studie) pro Jahr angenommen werden und damit deutlich höhere Annahmen getroffen werden als entsprechende Einschätzungen der Weltbank und der Europäischen Investitionsbank (EIB) und damit die Wirtschaftlichkeit eines Gaswerkes, welche bekanntlich erheblich von den angenommenen Brennstoffkosten abhängig ist, verworfen wird?
41. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung im einzelnen die Einschränkung der Kontrollpflicht bei der Ausfuhr von Dual-Use-Gütern, die für konventionelle Waffensysteme bestimmt sein können, auf nur noch 13 Staaten, ausweislich der neuen „Liste K“ in der notwendigen Neuformulierung der Außenwirtschaftsverordnung?
42. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Möglichkeiten bestehen in Zukunft, nationale Sonderregelungen, wie sie in der deutschen „Liste K“ bei der Ausfuhr von Dual-Use-Gütern zum Ausdruck kommt, durch Kontrollen im Intra-EU-Warenverkehr wirksam zu halten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

43. Abgeordnete
**Dr. Angelica
Schwall-Düren**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Besorgnis, daß der Einsatz von Glykopeptiden als Futtermittelzusatz in der Tiermast (speziell der Schweine- und Hühnermast) nachteilige Auswirkungen für die menschliche Gesundheit haben kann, insbesondere unter dem Aspekt der neuesten Untersuchungen des Robert-Koch-Instituts, wonach die Entwicklung von krankheitserregenden Keimen in der menschlichen Darmflora (sog. Enterokokken) begünstigt werden kann, die dann beim Menschen gegen das vor einigen Jahren noch wirksame Antibiotikum Glykopeptid resistent sind und evtl. eine Heilung problematisch machen?
44. Abgeordnete
**Dr. Angelica
Schwall-Düren**
(SPD)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung zur Verhinderung des Einsatzes von Glykopeptid-Antibiotika in der Tiermast, insbesondere in Schweine- und Hühnermastbetrieben ergreifen, um die Möglichkeit einer Beeinträchtigung/Schädigung der menschlichen Gesundheit durch diese Präparate auszuschalten?
45. Abgeordneter
**Heinz
Schmitt
(Berg)**
(SPD)
- Wieviel Öko-Diesel (Rapsoel-Methylester, RME) wird derzeit in den einzelnen Bundesländern in Deutschland produziert, und welche neuen Produktionsstandorte (mit Mengenangabe) sind für die nächsten Jahre geplant?
46. Abgeordneter
**Heinz
Schmitt
(Berg)**
(SPD)
- Welche Fahrzeuge/Verkehrsmittel werden derzeit mit Öko-Diesel betrieben und ist Öko-Diesel zur Verwendung bei der Bundeswehr, der Deutschen Bahn AG und/oder beim Bundesgrenzschutz geeignet?
47. Abgeordnete
**Lydia
Westrich**
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für möglich und wird sie sich ggf. dafür einsetzen, das ehemalige NATO-Pipeline-Netz einschließlich der Tanklager und Pumpstationen – hier insbesondere bereits stillgelegte Lager in der Pfalz (z. B. in Hinterweidentahl, Kusel-Bedesbach) – für den Transport und die Lagerung von Öko-Diesel (RME) zu nutzen?
48. Abgeordnete
**Lydia
Westrich**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Konkurrenzfähigkeit von Öko-Diesel (RME) im Vergleich zu anderen Treibstoffen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

49. Abgeordneter
**Günter
Graf
(Friesoythe)
(SPD)**
- Wie gedenkt die Bundesregierung das Problem zu lösen, daß Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz vorschüssig, nach dem Pflegeversicherungsgesetz aber nachträglich gezahlt werden und somit Pflegebedürftige, die in der Regel auf laufende Zahlungen angewiesen sind, den Übergangsmonat April 1995 aus eigenen finanziellen Mitteln überbrücken müssen?
50. Abgeordneter
**Günter
Graf
(Friesoythe)
(SPD)**
- Kann die Bundesregierung sicherstellen, daß die Pflegebedürftigen in den Fällen zu Frage 49 oder bei einem nicht möglichen nahtlosen Übergang von der einen in die andere Zahlungsart Vorschüsse erhalten können, um Notlagen bei den betroffenen Personen zu vermeiden?
51. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann
(SPD)**
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage von Selbstverwaltungsorganen der Arbeitsämter, die darüber klagen, daß die Maßnahmeträger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die geforderte im Jahr 1994 erhöhte Eigenbeteiligung vielfach nicht aufbringen konnten, was in wesentlichen Bereichen zu einem Wegbrechen der bewährten Trägerlandschaft und damit zu deutlich weniger Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geführt hat, und bis wann kann mit einer Änderung der Bestimmungen gerechnet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

52. Abgeordnete
**Verena
Wohlleben
(SPD)**
- Treffen Meldungen zu, daß der im Rahmen des Baus der ICE-Strecke zwischen Ingolstadt und Nürnberg geplante Ausbau der Bahnhöfe Allersberg und Kinding zu Regionalbahnhöfen durch das Bundesministerium für Verkehr und Deutsche Bahn AG inzwischen in Frage gestellt wird?

53. Abgeordnete
Verena Wohlleben
(SPD)
- Welche Alternativlösungen streben das Bundesministerium für Verkehr und die Deutsche Bahn AG an, um sicherzustellen, daß der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) – wie zugesagt – auf der ICE-Strecke in diesem Bereich verkehren kann und die Anbindung der beiden Orte gewährleistet wird?
54. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis über den aktuellen Planungsstand der niederländischen Güterverkehrsstrecke Betuwe-Lijn, und welche Zugfrequenz wird nach Fertigstellung der Betuwe-Lijn auf der Anschlußstrecke Emmerich – Oberhausen – Duisburg erwartet?
55. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD)
- Welche Maßnahmen beabsichtigt die Deutsche Bahn AG zu treffen, um auch nach Fertigstellung der niederländischen Güterverkehrsstrecke die verschiedenen Bedarfe auf der deutschen Anschlußstrecke Emmerich – Oberhausen – Duisburg zu befriedigen und zugleich erträglich für die Anwohner zu gestalten?
56. Abgeordneter
Wolfgang Behrendt
(SPD)
- Hält die Bundesregierung ein Landeverbot für laute Flugzeuge auf deutschen Flughäfen nach dem Vorbild des internationalen Flughafens Zürich-Kloten, wo ab April laute Flugzeuge zwischen 19 und 9 Uhr nicht mehr starten und landen dürfen, für wünschenswert und durchführbar?
57. Abgeordneter
Werner Schulz (Berlin)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann kann nach den Planungen des Bundesministeriums für Verkehr die ICE-Trasse Leipzig – Nürnberg fertiggestellt sein, und wie ist die Finanzierung hierfür gesichert?
58. Abgeordneter
Werner Schulz (Berlin)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Überlegungen haben die Bundesregierung veranlaßt, diese ICE-Strecke weniger vorrangig als andere einzustufen, und welche strukturpolitischen Folgen erwartet die Bundesregierung für die betroffenen Länder und insbesondere für den sächsischen Wirtschaftsraum Leipzig-Zwickau-Chemnitz von einer erheblichen Verzögerung der Inbetriebnahme dieser ICE-Verbindung?

59. Abgeordneter
Joachim Hörster
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Durcheinander bei den Gehaltszahlungen der Deutschen Bahn AG nicht nur demotivierend auf die Mitarbeiter wirkt, sondern daß der in diesem Durcheinander zu Tage tretende Umgang der Deutschen Bahn AG mit ihren Mitarbeitern auch das Ansehen des Eigentümers schädigt?
60. Abgeordneter
Joachim Hörster
(CDU/CSU)
- Was haben die von der Bundesregierung in die zuständigen Leitungsgremien der Deutschen Bahn AG entsandten Vertreter getan, um die Mißstände abzustellen, und sind von den Unregelmäßigkeiten nur die Gehälter der nachgeordneten Mitarbeiter oder gleichermaßen auch die Gehaltszahlungen der Vorstandsmitglieder betroffen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

61. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Verzicht der amerikanischen Regierung auf den Bau einer mit hochangereichertem Uran betriebenen Fortgeschrittenen Neutronenquelle (ANS)?
62. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß damit der geplante Forschungsreaktor München II weltweit der einzige Forschungsreaktor für den Betrieb mit hochangereichertem Uran ist, der nach dem Anlaufen des internationalen Programms zur Anreicherungsreduzierung für Forschungs- und Versuchsreaktoren (RERTR) 1978 neu errichtet werden soll?
63. Abgeordneter
Wolf-Michael Catenhusen
(SPD)
- Liegt dem zuständigen Bundesministerium bereits ein Antrag auf Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung für den geplanten Forschungsreaktor München II vor, wenn ja, seit wann?
64. Abgeordneter
Wolf-Michael Catenhusen
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung die Voraussetzungen für eine solche Bescheinigung gegeben?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

65. Abgeordneter
Roland Kohn
(F.D.P.)
- Mit welchen Schritten wird die Bundesregierung auf die von einem pakistanischen Gericht gegen zwei Christen wegen angeblicher „Gotteslästerung“ erlassenen Todesurteile reagieren, und wie beurteilt die Bundesregierung die Situation der christlichen Minderheit in Pakistan generell?
66. Abgeordnete
Marieluise Beck
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß seit November 1993 Mitglieder der oppositionellen Partei Dalmatinska Akzija in einem Prozeß angeklagt sind, unter dem Vorwurf, ihr eigenes Parteigebäude durch ein Sprengstoffattentat zerstört zu haben, um so den Staat Kroatien zu schädigen, und wie beurteilt die Bundesregierung dieses Verfahren, das der Schwächung der demokratischen Opposition Kroatiens dienen soll?
67. Abgeordnete
Marieluise Beck
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit, ihre Kontakte zur Regierung von Kroatien zu nutzen, um darauf hinzuwirken, diesen Prozeß nach rechtsstaatlichen Kriterien zu Ende zu bringen, und wie will sie einer zunehmend undemokratischen Entwicklung Kroatiens entgegenwirken?
68. Abgeordneter
Rudolf Bindig
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß der Bericht zum Thema Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder Überzeugung, der der diesjährigen Sitzung der VN-Menschenrechtskommission von Sonderberichterstatter Amor gemäß Resolution 1994/16 vorgelegt wurde, Behauptungen der Scientology-Bewegung wegen angeblicher Diskriminierung in der Bundesrepublik Deutschland enthält, und wie hat die deutsche Delegation bei der Sitzung auf diese Tatsache reagiert?
69. Abgeordneter
Rudolf Bindig
(SPD)
- Wann und in welcher Form wird die Bundesregierung zum Inhalt dieser Vorwürfe detailliert und öffentlich Stellung beziehen?
70. Abgeordnete
Renate Rennebach
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meinen Eindruck, daß die UNO mit dem Deutschland-Teil des vom 20. Dezember 1994 des Sonderberichterstatters Amor zum Thema Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder Überzeugung der Scientology-Organisation dahin gehend

Hilfestellung geleistet hat, daß diese den Bericht als Bestätigung für ihre geschmacklosen Thesen im Rahmen ihrer Diffamierungskampagne in der amerikanischen Tagespresse gegen die Bundesrepublik Deutschland und gegen deutsche Scientology-Kritiker verwendet, und wenn ja, wie will die Bundesregierung mögliche weitere Unterstützungen dieser Art zukünftig verhindern?

**71. Abgeordnete
Renate
Rennebach
(SPD)**

Welche weiteren internationalen Gremien sind bislang nach Kenntnis der Bundesregierung von der Scientology-Organisation für ihre Diffamierungskampagne gegen die Bundesrepublik Deutschland und gegen deutsche Scientology-Kritiker bzw. zur Verbreitung ihrer Ideologie und Zwecke benutzt worden, und wie hat die Bundesregierung darauf im Einzelfall reagiert?

**72. Abgeordneter
Jürgen
Augustinowitz
(CDU/CSU)**

Welche Informationen liegen der Bundesregierung über das Militärabkommen zwischen Rußland und Serbien vor, und wie beurteilt die Bundesregierung dieses Abkommen mit Blick auf eine Beendigung des serbischen Aggressionskrieges gegen Bosnien-Herzegowina und Kroatien?

**73. Abgeordnete
Dr. Elke
Leonhard
(SPD)**

Welche politisch-operativen Vorstellungen hat die Bundesregierung von einem „strategisch parallelen“ Erweiterungsprozeß der NATO und der Europäischen Union bzw. der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) der Europäischen Union?

**74. Abgeordnete
Dr. Elke
Leonhard
(SPD)**

Welche politisch-operativen Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Zukunft des europäischen Pfeilers der NATO, der WEU in Hinblick auf die weitere Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP)?

Bonn, den 3. März 1995